



6	Sozialwissenschaft
▶	Kinder- und Jugendhilfeforschung
▶	Soziale Ungleichheit
▶	Soziale Gerechtigkeit
▶	Soziale Integration und Teilhabe

Gender in der akademischen Lehre an Thüringer Hochschulen (Prof. Bütow)	134
Intervision einführen: eine Pilotstudie zur Implementierung kollegialer Beratung in der Sozialen Arbeit (Prof. Krczizek/Prof. Kühl)	135
Teamkompetenz im Studium Sozialer Arbeit (Prof. Krczizek/Prof. Kühl)	135
Konfliktmanagement im Studium der Sozialen Arbeit (Prof. Krczizek/Prof. Kühl)	135
Professionelle Beratung für Fach- und Führungskräfte in der Pflege (Prof. Krczizek/Prof. Kühl)	135
Prozessbegleitung der Fortschreibung des Thüringer Landesjugendförderplans (Prof. Lakemann)	136
Mobilisierung von Religion in Europa - Wahrnehmung von Bedrohung. „Europa“ und „die islamische Welt“ (Prof. Opielka)	137
Evaluation der Wirkungen der „Thüringer Familienoffensive“ (Prof. Opielka)	140
„Werte im Wohlfahrtsstaat. Soziologische Analyse politischer Kultur“ (Prof. Opielka)	144
Strategien und Methoden konsensorientierter Streiterledigungsformen/Mediation (Prof. Trenzcek)	146
Jugendhilfe und Justiz (Prof. Trenzcek)	146



Gender in der akademischen Lehre an Thüringer Hochschulen

Projektleiterin:

Prof. Dr. phil. habil. Birgit Bütow

Stellvertreter:

Prof. Dr. rer. soc. habil. Michael Opielka
FB Sozialwesen

Mitarbeiterin:

Dipl. Soz. Päd/ Arb. Anja Müller

Forschungspartner:

Universitäten Erfurt, Ilmenau, Bauhausuniversität Weimar, Fachhochschulen Erfurt, Schmalkalden, Nordhausen

Laufzeit und Fördermittelgeber:

2009 bis 2012; gefördert mit Mitteln des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Kontakt:

✉ Birgit.Buetow@fh-jena.de ☎ (03641) 205 830

www.genial-in-thueringen.de



schungsgegenstand und Forschungsfragen zu konkretisieren. Hierzu wurde an der FH Jena zu Beginn des Jahres eine hochschulinterne Umsetzungskonzeption des Projektes erstellt. Diese beschreibt neben theoretischen Grundlagen, Zielsetzungen auch Methoden und Arbeitsprinzipien. Das Dokument dient der Transparenz gegenüber hochschulinternen Kooperationspartnern sowie als Orientierungsinstrument der Forschungsaktivitäten. Vor dem Beginn der eigentlichen Forschungstätigkeit wurden zudem relevante gesetzliche Grundlagen, auf der Gender Mainstreaming Aktivitäten an der FH begründet werden können, eruiert und die zahlenmäßigen Geschlechterrelationen sowohl auf der Ebene der Studierenden als auch der Lehrenden ermittelt. Weiterhin wurde das Projekt, Anliegen und Vorgehen hochschulintern kommuniziert.

Erste empirische Forschungsaktivitäten (Expertinneninterviews, Beobachtungen, Dokumentenanalysen) begannen im April 2010. Erste Ergebnisse wurden auf der thüringenweiten Tagung in Ilmenau im Dezember in Vorträgen und Workshops vorgestellt.

Diese können wie folgt in erste Thesen gefasst werden:

- Die befragten Lehrenden nehmen (implizit) Ungleichbehandlungen von männlichen und weiblichen Studierenden nicht als solche wahr und konzipieren ihre Lehre geschlechtsneutral.
- Wenn Geschlecht als relevante Größe in der Lehre thematisiert wird, dann sind zum einen extrinsische Beweggründe (Re-Akkreditierung, politische Maßnahme) relevant, zum anderen spielen instrumentelle Erwartungen eine Rolle (didaktische Erreichbarkeit von Studierenden verbessern).
- Kritisch von allen bisher Befragten wird die Tatsache gesehen, dass Maßnahmen der Hochschule zu spät ansetzen. Vielmehr wären bereits in der Grundschule/Kita entsprechende Maßnahmen nötig, um beispielsweise mehr Mädchen für ein technisches bzw. mehr Jungen für ein sozialwissenschaftliches Studium zu begeistern.
- In diesem Zusammenhang reicht der Girl's Day als einmalige Maßnahme nicht aus. Darauf deuten auch die Evaluationsergebnisse des Girl's Day an der FH Jena, die von Masterstudierenden der Sozialen Arbeit im Rahmen einer Befragung der teilnehmenden Mädchen erhoben und ausgewertet wurden.

Researching focus of the networking project „Gender in academic teaching“ is the analysis and evaluation of teaching processes, especially of reproducing gender inequalities. The most important aim of the project is to identify such processes of “doing gender”, to make teaching persons more sensitive and to develop so called “tool boxes” for gender sensitive teaching. The scientific aim of this project is the contribution in different knowledge about processes in gendering (theoretical perspective of constructivism) to improve strategies of implementation in gender mainstreaming.

Im Forschungsverbund der Thüringer Hochschulen analysiert und evaluiert das Projekt „Gender in der akademischen Lehre“ (GenialL) Inhalt und didaktische Aufbereitung des Lehrangebots unter dem Fokus von Geschlechtersensibilität. Sein Ziel ist es, kooperativ mit den Beteiligten entsprechende Verbesserungsbedarfe zu identifizieren und adäquate Qualifizierungsformate für Lehrende und Studierende zu entwickeln. Unter wissenschaftlicher Leitung von Frau Prof. Dr. Birgit Bütow und wissenschaftlicher Mitarbeit von Frau Dipl. Soz. Päd. Anja Müller sowie der Unterstützung durch studentischen Mitarbeiter_innen konzentrieren sich die Forschungsarbeiten im Projektkontext der FH Jena auf Analysen zur Konstruktion und Relevanz von Geschlecht in technik- und ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen. Die Arbeit begann im Januar 2010.

Im ersten Jahr des Projektes „Gender in der akademischen Lehre an Thüringer Hochschulen“ galt es zunächst das Forschungsfeld zu explorieren; For-



I. Intervision einführen: eine Pilotstudie zur Implementierung kollegialer Beratung in der Sozialen Arbeit

II. Konfliktmanagement im Studium der Sozialen Arbeit

Projektleiter:

Prof. Dr. phil. habil. Regina Krczizek

Prof. Dr. phil. Wolfgang Kühl

FB Sozialwesen



R. Krczizek

Mitarbeiter:

Master- und Diplomstudierende

Laufzeit:

2008 bis 2009

Kontakt:

✉ Regina.Krczizek@fh-jena.de

☎ (03641) 205 822

✉ Wolfgang.Kuehl@fh-jena.de

☎ (03641) 205 813

I. Zusammenfassung

Intervision dient dazu, durch den methodisch strukturierten, ressourcenorientierten Austausch zwischen Kollegen neue Sichtweisen beruflicher Problemkonstellationen und entsprechende Lösungsperspektiven zu erarbeiten.

Die Implementierung von Intervision in insgesamt 12 Reflexionsgruppen mit 88 Teilnehmern wurde als Pilotstudie im Rahmen eines Entwicklungsprojektes des Masterstudienganges der Fachhochschule Jena wissenschaftlich begleitet.

Die Auswertung der Implementierungsprozesse erfolgte im Hinblick auf fördernde bzw. hindernde Faktoren, die Indikation von Intervision und um die Analyse erster Wirkungen.

II. Zusammenfassung

In einer empirischen Bestandsaufnahme wird das Lehrangebot zu Konfliktmanagement und Mediation im Studienjahr WS 2007 bis SS 2008 in 32 Fachhochschul-Studiengängen Sozialer Arbeit untersucht, um festzustellen, wie es verbreitet und thematisch ausgerichtet ist. Um die curriculare Debatte zu anzuregen, wird anschließend die von Herrmann (2006) erstellte Rahmenkonzeption „Methodisches Handeln in Konfliktsituationen“ diskutiert und ergänzt.

I. Teamkompetenz im Studium Sozialer Arbeit

II. Professionelle Beratung für Fach- und Führungskräfte in der Pflege

Projektleiter:

Prof. Dr. phil. habil. Regina Krczizek

Prof. Dr. phil. Wolfgang Kühl

FB Sozialwesen



W. Kühl

Mitarbeiter:

Master- und Diplomstudierende

Laufzeit:

2008 bis 2009

Kontakt:

✉ Regina.Krczizek@fh-jena.de

☎ (03641) 205 822

✉ Wolfgang.Kuehl@fh-jena.de

☎ (03641) 205 813

I. Zusammenfassung

Es reicht offenbar nicht aus, dass angehenden Sozialpädagogen qua Berufswahl gleichsam Teamfähigkeit attestiert wird. Daher wird das entsprechende Ausbildungsangebot an den Fachhochschulen untersucht.

Die festgestellten Defizite bilden den Ausgangspunkt für curriculare Überlegungen. Notwendige Innovationen werden im Hinblick auf die systematische Reflexion von Teamerfahrungen der Studierenden im Studium/Praktikum und insbesondere die Vermittlung von Methoden professioneller Zusammenarbeit vorgeschlagen.

II. Zusammenfassung

Der Studienbrief für Fach und Führungskräfte in der Pflege hat zum Ziel, Beratungsformen für Menschen in ihrer Arbeit vorzustellen, die dazu dienen, das berufliche Handeln zu verbessern und eine höhere Professionalität zu erreichen. Die vorgestellten Beratungsformen setzen an der Schnittstelle zwischen der Person in ihrem Arbeitsfeld, dem Team und der Organisation an.

Wir stellen folgende Beratungsformen vor: Coaching, Supervision, Intervision, Mediation, Teamentwicklung, Organisationsentwicklung. Ausgehend von der historischen Perspektive werden die Kernaufträge diskutiert und die Methode in der Spezifik ihres settings auch anhand vieler Fallbeispiele dargestellt.



Prozessbegleitung der Fortschreibung des Thüringer Landesjugendförderplans

Projektleiter:

Prof. Dr. rer. soc. Ulrich Lakemann

FB Sozialwesen

Forschungspartner:

Orbit e.V.,
Organisationsberatungsinstitut Thüringen

Laufzeit und Fördermittelgeber:

Juni 2010 bis September 2011; gefördert mit Mitteln
des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und
Gesundheit

Kontakt:

✉ Ulrich.Lakemann@fh-jena.de ☎ (03641) 205 802



U. Lakemann

Partizipationsprozesse werden hinsichtlich ihrer Erfolgsträchtigkeit eingeschätzt und Zukunftsperspektiven entwickelt.

Der zweite Teil der vertiefenden Untersuchung besteht in einer standardisierten Befragung Jugendlicher und junger Erwachsener zu ihrer Partizipation in der Jugendverbandsarbeit. Auf der Basis der Mitgliederzahlen der im Thüringer Landesjugendring organisierten Jugendverbände wurde eine quotierte Stichprobe gezogen. Mehr als 1.000 Jugendliche und junge Erwachsene beteiligten sich an der Onlinebefragung. Die Themen der Befragung umfassen das aus der Perspektive des einzelnen jungen Menschen im Jugendverband erreichte Ausmaß an Partizipation. Dabei geht es beispielsweise um die Motivation zur Mitgliedschaft im Verband, um Formen der Beteiligung in der Jugendverbandsgruppe oder um Wünsche nach mehr oder anderer Mitbestimmung im Verband.

Ziel der vertiefenden Untersuchung ist es, den Thüringer Jugendverbänden wichtige Grundlagen für ihre zukünftige Gestaltung der Partizipation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu geben.

Within the update of the Thuringian Landesjugendförderplan a process facilitation and documentation is conducted. In parallel a detailed study on the participation of adolescents and young adults in the Thuringian youth association work is carried out. This includes expert interviews on the management level as well as a standardised survey of 1.000 members of Thuringian youth associations.

Das Projekt umfasst die Prozessbegleitung und -dokumentation der Fortschreibung des Thüringer Landesjugendförderplans in allen Phasen des Planungsprozesses. Dies sind insbesondere die Zielformulierung, Bestandsfeststellung, Bedarfsermittlung sowie Maßnahmeplanung und Prioritätensetzung. Die Prozessbegleitung beinhaltet hier beispielsweise fachliche Inputs zu den Themen demografischer Wandel, Demokratiestärkung, interkulturelle Bildung und Erziehung sowie zum Themenbereich soziale Kompetenzen. Außerdem findet eine kontinuierliche Beratung in sozialwissenschaftlicher Forschungsmethodik statt.

Die Prozessdokumentation wird ihrerseits in einer laufenden Beschreibung und nachträglichen sozialwissenschaftlichen Analyse des Planungsprozesses bestehen, die auch als Grundlage für spätere inhaltlich vergleichbare Planungen genutzt werden kann.

Neben der Prozessbegleitung und -dokumentation findet eine vertiefende Untersuchung zum Thema Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen an der Thüringer Jugendverbandsarbeit statt. Die Studie hat einen qualitativen und quantitativen Ansatz. So werden Expertengespräche auf der Leitungsebene der Thüringer Jugendverbände durchgeführt. Dabei geht es einerseits um die konzeptionellen Grundlagen der Partizipation von Jugendlichen. Hier werden Zielorientierungen, Ressourcen und Qualifikationen erfragt. Andererseits beinhalten die Expertengespräche die Formen der Umsetzung dieser Konzeptionen. Prakti-



Abb.: Broschüre Landesjugendförderplan 2012 - 2015



Mobilisierung von Religion in Europa - Wahrnehmung von Bedrohung. „Europa“ und „die islamische Welt“

Projektleiter:

Prof. Dr. rer. soc. habil. Michael Opielka

FB Sozialwesen

Mitarbeiter:

Prof. Dr. Jamal Malik (Koordinator), Dr. Dusche (bis 2008),
Universität Erfurt

Karin Lange, Diana Karadzova (ab 2008), Karin Felsch,
Anja Müller (ab 2009)

Forschungspartner:

Universität Erfurt, Friedrich-Schiller-Universität Jena



M. Opielka

Laufzeit und Fördermittelgeber:

Juni 2006 bis Mai 2009; gefördert mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und
Forschung

Kontakt:

✉ Michael.Opielka@fh-jena.de ☎ (03641) 205 816

www2.uni-erfurt.de/mobilisierung_religion/einzelprojekte/3_1.htm

The study represents an analysis of perceptions of threat between the Islamic world and Europe resp. the Western world. Following the neo-institutionalist frame of a “world polity” as developed by the “Stanfordgroup” around John W. Meyer academicians in four different regions have been interviewed (India, Israel/Palestine, Turkey, Germany) which represent different conflict constellations regarding the Islam (to Hinduism, Judaism, Christianity, Secularism).

Das Forschungsprojekt war ein Teilprojekt im Rahmen des Projektverbundes „Mobilisierung von Religion in Europa“ der Universität Erfurt, der Fachhochschule Jena und der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Die Ausgangsthese des Projektes war: Bedrohungswahrnehmungen und Feindbilder schränken die Dialogbereitschaft von Menschen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen ein. Dies ist im Verhältnis des Westens und Europas zu den Staaten der islamischen Welt sowie im Innenverhältnis Europas zu seinen hier lebenden Muslimen augenfällig.

Das Projekt wollte die prinzipiellen Muster und Aussagen dieser Bedrohungsszenarien erfassen und mit seinen Ergebnissen dazu beitragen, die Wechselseitigkeit von Bedrohungsvorstellungen zu vermitteln und damit die Dialogfähigkeit wieder zu verbessern. Dazu bedarf es eines Verständnisses der Wirkungsweise kultureller Muster im Konfliktverhalten zwischen Staaten, Organisationen und Einzelpersonen. Im empirischen Teil sollten diese untersucht und durch qualitative Interviews mit Experten aus Deutschland, Indien, Israel/

Palästina und der Türkei gestützt werden. Dazu waren drei, jeweils einmonatige Forschungsaufenthalte in der Türkei, in Israel/Palästina, sowie in Indien vorgesehen.

In der Analyse des Problemaufrisses bediente sich das Vorhaben der Begriffswerkzeuge des Neo-Institutionalismus (John W. Meyer u.a.). Danach kommen drei Kategorien von Akteuren in Konflikten in Frage: Individuen, Organisationen und Staaten. Kulturen und Zivilisationen geben den drei Akteursarten Normen und Verhaltensmuster sowie Vorstellungen über die Beschaffenheit der Welt und die darin vorkommenden möglichen Gegner und Feinde an die Hand. Solche Feindbilder sind im Wesentlichen kulturelle Konstruktionen und können daher durch Analyse dekonstruiert und durch Empirie entkräftet werden. Dies ist eine vordringliche Aufgabe der Wissenschaft. Das Projekt fokussiert daher auf das soziale System Wissenschaft, um anhand der genannten Länder auf die Fähigkeit bzw. das Unvermögen des Wissenschaftssystems zur analytischen Dekonstruktion und empirischen Richtigstellung von kulturellen Mustern hinzuweisen, die im Verkehr von Konfliktparteien die Rolle von Feindbildern annehmen. Als Beispiel für den Umgang des Wissenschaftssystems mit Wahrnehmungsmustern zwischen Europa und der islamischen Welt dienen zunächst Studien zum ‚Orientalismus‘ und ‚Okzidentalismus‘ (Said, Buruma). An beiden Beispielen lässt sich die Abhängigkeit auch des Wissenschaftssystems von Verwerfungen im jeweiligen kulturellen Referenzsystem zeigen. Eine zunehmende Tendenz zur differenzierteren Ausdrucksweise nicht nur in wissenschaftlichen Veröffentlichungen weist jedoch auch auf den umgekehrten, positiven Einfluss des Wissenschaftssystems auf den weiteren kulturellen Referenzrahmen hin.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit der Orientalis-/Okzidentalismus-Debatte stellte sich die Frage nach dem aktuellen Stand der Verarbeitung wechselseitiger Wahrnehmungsmuster im Wissenschaftssystem. Aufschluss darüber erwartete das Projekt zunächst von einer Fokussierung auf die Reaktionen auf die Regensburger Rede Papst Benedikt XVI in Europa und der islamischen Welt. So sprach die Regensburger Rede das Thema Bedrohung (Rechtfertigung von Gewalt durch Religion) direkt an. Darüber hinaus fand sie an einer prototypischen Schnittstelle von Religions- und Wissenschaftssystem statt (Universität/Kontext Papstreise, ehemaliger Professor/Religionsführer). Gelehrte aus allen relevanten Disziplinen (Islamwissenschaftler, Sozial- und Geisteswissenschaftler) sowie öffentliche Intellektuelle haben sich differenziert zu der Rede geäußert. Zusätzliches Material wurde durch Archivrecherchen und Interviews auf den durchgeführten Reisen gewonnen. ▶



Die Zielländer Indien, Israel/Palästina und die Türkei wurden u.a. ausgewählt, weil sie, wie Europa, Regionen darstellen, in denen sich Menschen auf demselben geographischen Gebiet gleichzeitig auf unterschiedliche kulturelle Referenzrahmen beziehen können (Europa: Moderne, ... Christentum; Türkei: Islam, ... Moderne; Indien: Islam, Hinduismus, ... Moderne; Israel/Palästina: Islam, Judentum, ... Moderne).

Außerdem repräsentieren sie drei Regionen des intensiven Kontakts der Europäer mit der Welt des Islam (das ‚heilige Land‘ für das Mittelalter; das osmanische Reich für die frühe Neuzeit; Indien für die Zeit des Kolonialismus und späteren Imperialismus der Europäischen Großmächte). Deutungsmuster verweisen auf die Konstruktion von Wirklichkeit durch Sinnschemata und Sinnzusammenhänge, welche die Wahrnehmung von etwas als Quelle der Bedrohung vorprägen, wobei der kulturelle Rahmen hier Europa und die Islamische Welt ist. Die Deutungsmusteranalyse berührt auf der individuellen Ebene Fragen nach der individuellen und religiösen Sozialisation von Subjekten. So gesehen bilden bei der Analyse die Person und ihre Einzigartigkeit den Fall. Zwei Methoden, die Phänomene der sozialen Welt in Theorien überführen, sind die Methode der Objektiven Hermeneutik und die ‚Grounded Theory‘ (Oevermann, Glaser/Strauss). Sie wurden für die Datenauswertung im Projekt einer inhaltsanalytischen Methode vorgezogen. Es geht dabei um den charakteristischen Zusammenhang von objektiv gegebenen Handlungsmöglichkeiten und jeweils spezifisch getroffenen Wahlen. Im Zentrum der Analyse der ‚Grounded Theory‘ stehen Deutungen sozialer Wirklichkeiten handelnder Personen sowie die Interaktionen, in denen diese Deutungen entwickelt und modifiziert werden. Strukturelle Bedingungen von Handeln wie z.B. historische Epoche, sozialräumliche Gegebenheiten, organisatorische Voraussetzungen, Gesetzeslage, Wissensüberzeugungen etc. werden berücksichtigt, denn sie bestimmen den Rahmen für konkretes Deuten und Handeln.

Die Auswahl der Beispielregionen Europa (Deutschland), Indien, Israel/Palästina und der Türkei folgte der für die qualitative Sozialforschung geltenden Maxime der maximalen Kontrastierung. Die Samplekonstruktion ermöglichte damit eine für den deutschen/europäischen Diskurs hilfreiche Erweiterung der religionsbezogenen Bedrohungsachsen Islam-Christentum auf die Achsen Islam-Hinduismus, Islam-Judentum und Islam-Laizismus.

Die Wahl von Akademikern als Untersuchungsgruppe folgte dem neoinstitutionalistischen Theorieprogramm. In der bildungs- und organisationssoziologisch geprägten Theorieentwicklung des Neoinstitutionalismus wird dem akademischen System die Prägung zentraler Skripte und damit Deutungsmustern der modernen (Welt-)Gesellschaft zugeschrieben. Die Auswahl des akademischen Systems als Untersu-

chungsgegenstand versprach damit einen vertieften Einblick in Skripte, die in anderen gesellschaftlichen Teilsystemen – Medien, Bildungssystem, Wirtschaft, Politik, aber auch Religion – zur Anwendung kommen. Nicht zuletzt folgte diese Auswahl angesichts der Personal- und Zeitressourcen einer Forschungspragmatik, die den Zugang zu Interviewteilnehmern methodisch (englische Sprachkompetenz, Erreichbarkeit im Universitätssystem) erheblich erleichterte.

Neben der umfangslogischen Betrachtung (‚Bedingungsmatrix‘ nach Strauss) wurde für die Systematisierung der Ergebnisse eine handlungslogische Betrachtung eingesetzt, die im Anschluss an Talcott Parsons’ AGIL-Theorie eine Ausdifferenzierung von Handlungs- und Systemebenen erlaubt. Akademische Deutungsmuster erscheinen in der hier entwickelten analytischen Perspektive als weltkulturelle Prototypen einer universalistischen Programmatik im Verhältnis von Pluralismus und Identität. Die soziologische Perspektive (‚politische Kultur‘) markiert dabei das Problem der (Re-)Kombination säkularer und religiöser Deutungsmuster auf den verschiedenen Handlungssystemen und in verschiedenen Systemreferenzen. Bedrohungswahrnehmungen durch den Islam können als mehrdimensionales Geschehen politischer Kultur interpretiert werden. Reflexionen über Identität in soziologischer und philosophischer Perspektive führten zu grundsätzlichen Erwägungen über die Rolle von ‚Identitätspolitik‘ in den aktuellen politischen Diskursen in Europa sowie in den drei zu untersuchenden Ländern Indien, Israel/Palästina und Türkei. Ihren Ausgang nehmen diese Überlegungen von der Kritik (Habermas, Honneth) an der Zentralstellung, den die Diskussion um ‚Identitätspolitik‘ sog. neuen sozialen Bewegungen eingeräumt hat, während sie die globale Dimension (Antikolonialismus) und die historische Dimension (nationalistische Bewegungen seit dem 19. Jh.) außer Acht ließ. Diesem Desiderat wollte das Projekt durch die kritische Anwendung des Konzepts ‚Identitätspolitik‘ in den drei Länderkontexten gerecht werden, wobei ‚Identitätspolitik‘ hier als ein wertneutraler bzw. wertambivalenter Begriff gebraucht wird. ‚Identitätspolitik‘ kann sowohl emanzipatorisch (im Sinne der new social movements) als auch ausgrenzend, in Einzelfällen sogar genozidal wirken (wie im Falle mancher ethnonationalistischer Bewegungen). Letzteres ist es gerade, was die politischen Gemeinschaften in den Untersuchungsgebieten vordringlich beschäftigt (in Indien: politischer Hinduismus vs. säkularer Staat, in Israel: Zionismus vs. Post-Zionismus, in Palästina: politischer Islam vs. säkulare Demokratie, in der Türkei: politischer Islam vs. laizistischer Kemalismus, in Europa: christliches Abendland vs. säkularer Staatenbund).

Eine Buchpublikation mit den Ergebnissen des Teilprojektes der FH Jena wird bis Ende 2011 fertiggestellt. ►



Indien	Türkei	Israel	Palästina	Deutschland
Wahrnehmung von Religion				
Die Religion wird als ein funktionales Attribut wahrgenommen, ohne auf die spirituelle Referenz der Religion Bezug zu nehmen. Religion wird nicht expressiv, sondern funktional ausgelegt und gelebt. Eine klare Trennung zwischen Säkularem und Religion ist nicht möglich.	Religion wird als Ausdruck von Kultur verstanden. Die Religion wird nicht einfach passiv übernommen, sondern das Individuum muss sich aktiv für sie entscheiden. Der Umgang mit Religion wird vom Individuum reflexiv gestaltet.	Die Religion ist ein Element der persönlichen Identität, sie muss aber Ergebnis der freien und aktiven Wahl, nicht des Gruppenzwangs sein. Religion kann die Eigenschaft sein, die die ganze Identität definiert und bestimmt. Religion wird nicht reflexiv, sondern pragmatisch ausgelegt und gelebt.	Die Religion wird als ein funktionales Attribut wahrgenommen, ohne auf die spirituelle Referenz der Religion Bezug zu nehmen.	Ob Religion als Bedrohung wahrgenommen und gedeutet wird, bleibt subjektive Interpretationsleistung. Religion ist kein Akteur, deshalb kann sie niemanden bedrohen, alles andere ist Imagination.
Religion und Politik				
Es gibt keine Trennung zwischen Religion und Politik. Religion dient als identitätsstiftende Eigenschaft (identity marker) im Rahmen von politischen Interessengruppen.	Es werden zwei Gesichter der Religion gezeichnet: Einerseits ist Religion eine transzendente, zutiefst persönliche Angelegenheit, andererseits ist sie in Bezug zu Politik ein komplexes Bündel von Problemen.	Die Religion wird im Dienste der Politik eingespannt, um Gruppenzugehörigkeit zu definieren und begrenzte Ressourcen aufzuteilen (identity marker).	Man muss sich vor der Religion in Acht nehmen, sie ist unkontrollierbar und zerstörerisch wie eine Naturgewalt und gefährlich und unvorhersehbar wie eine geladene Waffe in den Händen von religiösen Fanatikern.	Die Demokratie ist eine Bedrohung für die Religion, aber auch die Religion und die unmündigen Bürger sind eine Bedrohung für die Demokratie.
Religion und Wissenschaft				
Wissenschaft und Modernisierungsprozesse sind antireligiös, deshalb werden sie als Bedrohung für die Religion betrachtet. Die Religion ist eine Bedrohung der wissenschaftlichen Konstruktion der Öffentlichkeit.	Die Religion wird als etwas Privates ausgelegt, was keine wissenschaftliche Beweise oder Anerkennung von Draußen abverlangt.	Nicht die religiöse Verortung (Religion), sondern die regionale Verortung (Herkunft) ist das zentrale Problem, was eine solide wissenschaftliche Diskussion unmöglich macht. Die Ausübung von Religion verhindert die Auseinandersetzung mit der Religion.	Es wird der Versuch unternommen, religiöse Prinzipien mithilfe wissenschaftlicher Logik zu übersetzen. Die Intellektuellen und Akademiker agieren in der Gesellschaft als Überblicksorganisatoren.	In der Wissenschaft herrscht ein differenziertes Bild vom Islam, in der deutschen Gesellschaft ist das Bild durch Extremismen gekennzeichnet.
zentrale Aussage				
Wissenschaft und Religion schließen sich als zwei gegensätzliche Arten von Ratio aus. Die Vernunft im politischen und wissenschaftlichen System verfügt über eine universelle Akzeptanz. Bei der Religion ist das nicht der Fall.	In Bezug zu Religion kann man davon ausgehen, dass die private und die gesellschaftliche Definition von Religion in der türkischen Gesellschaft von einer enormen Differenz gekennzeichnet sind.	Religion/Tradition und Moderne/Wissenschaft sind zwei Welten, welche verschiedene Lebensführungen und Auffassungen erfordern. Diese kollidieren und scheinen nicht mit einander vereinbar zu sein. Die Tradition, welche in der Religion verwurzelt ist, tritt auf als Antipode der Moderne, die das Zeichen des säkular aufgeklärten reflexiven Denkens trägt.	Es ist kategorial egal, ob Gruppierungen eine Legitimation ihrer Interessen auf politischer oder auf religiöser Ebene vornehmen, es ist keine Unterscheidung festzustellen. Es geht nicht um Religion, sondern um politische Gruppierungen, welche mit der Religion in Schlepptau ihre eigenen politischen Interessen durchsetzen wollen.	Die Schuld an der zugespitzten Wahrnehmung von Islam als Bedrohung trägt der Westen – die passiven und unmündigen Bürger einerseits und die populistischen Massenmedien andererseits. Sie überstimmen die Vernunft.
Deutungsmuster von Bedrohung				
Die Religion ist eine Bedrohung für die Wissenschaft und die Politik, aber auch die Wissenschaft bedroht die Religion.	Die Politik ist eine Bedrohung für die Religion.	Die Religion und ihre blinde Befolgung sind eine Bedrohung für die Wissenschaft.	Die Religion und die Politik sind eine Bedrohung für sich und für die Gesellschaft.	Die unmündige Gesellschaft und die Medien sind eine Bedrohung für die Religion.

Tabelle: Zusammenfassung der Projektergebnisse



Evaluation der Wirkungen der „Thüringer Familienoffensive“

Projektleiter:

Prof. Dr. rer. soc. habil. Michael Opielka

FB Sozialwesen

Prof. Dr. Michael Winkler

Friedrich-Schiller-Universität Jena

Mitarbeiter:

Dr. Matthias Müller

Dipl. Soz. Arb./Soz. Päd. Anja Müller

Forschungspartner:

Friedrich-Schiller-Universität Jena



M. Opielka

Laufzeit und Fördermittelgeber:

Januar 2008 bis Juni 2009; gefördert mit Mitteln des Thüringer Ministeriums für Soziales, Familie und Gesundheit und des Thüringer Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur

Kontakt:

✉ Michael.Opielka@fh-jena.de ☎ (03641) 205 816

<http://www.thueringen.de/de/tmsfg/aktuell/presse/42830/uiindex.html>

The research project evaluated the political reform called "Family Offensive" in Thuringia. This exploratory study was conducted as a multi-disciplinary evaluation with a cognitive sociological approach with the analysis of interpretative models (Deutungsmusteranalyse) at the center. The distinction between explicit and implicit messages is one important outcome of this sociological approach. In group and individual interviews, various players, among them actors from the local and state political level, were systematically questioned about their perception and assessment of the reform. In analyzing and evaluating the interview material, the research group was able to establish relevant interpretive models that govern the perception and interpretation processes and legitimize one's own political actions.

Die mit dem „Thüringer Familienfördergesetz“ vom 16. Dezember 2005 implementierte „Thüringer Familienoffensive“ (TFO) der Landesregierung Thüringen erwies sich als politisch ambitioniertes und zugleich kontroverses Reformkonzept für die Familien- und Bildungspolitik in Thüringen, das über die Landesgrenzen hinaus Beachtung findet. Ziel der von der Landesregierung beauftragten ausdrücklich als explorativ bezeichneten Evaluationsstudie war, eine Analyse der Wirkungen der TFO, Prüfung der Umsetzung (Implementation) und des Erfolges des Gesetzes zu ermöglichen. Die Studie verzichtete aus Ressourcengründen auf eine Outcome-Analyse bei der zentralen Nutzergruppe, den Kindern, und beschränkt sich auf die Untersuchung der Wirkungen bei empirisch leichter zugänglichen Akteursgruppen, wie insbesondere den Eltern, Fachkräften in KiTas und leitenden Mitarbeitern aus Verbänden und öffentlicher Verwaltung. Die Fragestellung lautete daher: wie wird die TFO bei diesen Akteuren wahrgenommen, welche

Deutungsmuster strukturieren diese Rezeption und wo werden Leistungen und Schwächen dieses Politikprogramms identifiziert? Die theoretischen und konzeptionellen Überlegungen wurden in zwei Hypothesen gebündelt, die sich auf zwei von drei Feldern der TFO beziehen: die Umstellung der KiTa-Finanzierung und die Änderungen im Thüringer Erziehungsgeld. Beide Hypothesen strukturieren die Teil-Studien zu den Akteursgruppen KiTa-Fachkräfte und Verwaltungsmitarbeiter, dienen aber auch als analytische Folie für die gesamte Studie.

Die **erste Hypothese** geht davon aus, dass die TFO als „Verbetriebswirtschaftlichung“ sozialer Dienstleistungen rezipiert wird, und bei der Implementation des Gesetzes nur bis zur mittleren Führungsebene reicht. Die Landesregierung formuliert ausdrücklich das ökonomische Ziel der Effizienzsteigerung („Kindertageseinrichtungen müssen sicher und effizient – also bedarfsgerecht – finanziert werden.“). Aus Sicht der Akteure geht die Forschergruppe von einer Wahrnehmung der Umverteilung aus. Die Dimension Ökonomisierung kann in den Parametern „Transparenz im Marktgeschehen“, „Zeitregime“ oder „Zunahme betriebswirtschaftlicher Steuerung“ nachvollzogen werden.

Die **zweite Hypothese** geht davon aus, dass Akteure eine Verschiebung im Verhältnis von Geld- und Dienstleistungen durch die TFO rezipieren. Im Kern geht es um die Funktion des Thüringer Erziehungsgeldes im Kontext der Familien- und Bildungspolitik des Landes. Es kann vermutet werden, dass Akteure eine langfristige Verschiebung von öffentlich finanzierten Dienstleistungen hin zu Geldleistungen („von der Objekt- zur Subjektförderung“) wünschen bzw. befürchten. Hierbei sind unterschiedliche Fokussierungen der Akteursgruppen in der Familienpolitik zu unterstellen. Explizit gehen Professionelle (KiTa-Mitarbeiter, aber auch Verwaltung und Verbände) von der überlegenen Qualität und damit Förderungswürdigkeit von Dienstleistungen aus – was dem sozialdemokratischen Regimetypus entspricht. Implizit verbindet sich mit dieser Perspektive eine Wahrnehmung der Nutzer von Diensten als Klienten, deren Bedarf optimal durch Professionelle festzulegen ist – auch wenn unterdessen die Idee einer „Koproduktion“ von Dienstleistungen in der Fachdiskussion vertreten wird.

Zur Erforschung der zwei zentralen Fragestellungen kombiniert die vorliegende Studie ein quantitatives und ein qualitatives Forschungsdesign. Begründet wird die Methodenkombination damit, dass die Evaluation der Wirkungen der TFO unterschiedliche Akteursgruppen einbeziehen muss, die jeweils spezifische Erfahrungen einbringen. Die repräsentative Befragung von Eltern bzw. Erziehungsberechtigte mit Kindern im 3. Lebensjahr zielt darauf, deren aktuelle Situation unter Bedingungen der TFO sowie die Wahrnehmung



der TFO darzustellen. Unter anderem sollte untersucht werden, ob das Thüringer Erziehungsgeld (TEG) dazu führt, dass Kinder aus sozial schwachen Familien den öffentlichen Bildungs- und Betreuungsinstitutionen entzogen werden.

Die qualitative Studie kombiniert einen akteurszentrierten und funktionszentrierten Ansatz, indem Fachkräfte, Akteure der Verwaltungen und aus dem politischen System befragt werden. Ein methodisch offenes Vorgehen kann Erfahrungsräume und Deutungsmuster der relevanten Akteursgruppen adäquat erfassen. In der Evaluationsstudie kann eine Deutungsmusteranalyse einerseits dazu beitragen, die quantitativen Daten zu interpretieren. Andererseits entsteht ein klareres Bild von Wissensbeständen im Feld der TFO. Beispielsweise beeinflusst die Wahrnehmung der TFO und damit verbunden die Selbstadressierung der pädagogischen Fachkräfte massiv den Implementationserfolg im Feld.

hohe Akzeptanz und Notwendigkeit institutioneller Kinderbetreuungsangebote. Im Ländervergleich erscheint die Thüringer KiTa-Politik quantitativ ambivalent: ein hoher Versorgungsgrad geht mit unklaren Personalausstattungsdaten einher.

Die quantitative Untersuchung bei Eltern hat gezeigt, dass der größte Teil der Familien eine öffentliche Betreuungsform im dritten Lebensjahr ihres Kindes nutzt. Die Fallzahl derjenigen, die nur in der Familie erziehen, ist in der vorliegenden Untersuchung gering. Als wichtige Faktoren für die Entscheidung, zu Hause zu erziehen, sind finanzielle Gründe und damit auch das TEG sowie keine anderweitigen Verpflichtungen mindestens eines Elternteils zu benennen. Tagesmütter sind im Vergleich zur KiTa von geringer Bedeutung für die Familien mit Kindern im dritten Lebensjahr. Kombinationen von Betreuungsformen im Sinne der TFO werden nur von wenigen Familien in Anspruch genommen. Einen Zusammenhang zwischen Einkommensbezug und KiTa-Besuch kann man aus der Studie nicht ableiten. Das Thüringer Erziehungsgeld hat ebenso nur für ein Sechstel der Familien Entscheidungsrelevanz bei der Wahl einer Betreuungsform. Dieser Befund findet seine Entsprechung in der geringen Akzeptanz des TEG beim KiTa-Personal und Verwaltungsakteuren, die sich in der qualitativen Studie zeigt. Der überwiegende Teil der Eltern ist mit dem pädagogischen Personal der genutzten Betreuungseinrichtungen zufrieden und gibt an, dass sich auch das Kind wohl fühlt. Bei der Wahl einer Einrichtung spielt das Angebot vor Ort eine wesentliche Rolle, was dazu führt, dass viele Eltern auch im dritten Jahr der TFO mit dem Angebot unzufrieden sind und eine Vergrößerung wünschen. In diesem Zusammenhang von Wettbewerb und Konsumenten-Souveränität zu sprechen, ist angesichts des als zu gering empfundenen und relativ konstanten Angebotes unangemessen. Qualität ist für die Eltern ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung für eine Betreuungsform und es werden deutliche Differenzen zwischen den Angeboten wahrgenommen. Diese sollten jedoch nicht als Folge von Wettbewerb interpretiert werden, da ein solcher nur bedingt existiert. Die KiTa wird von vielen Eltern für die Kinderbetreuung gewählt, da dort die Möglichkeit für soziale Kontakte unter den Kindern besteht, eine Option, die die Familie selbst weniger bieten kann. Mehr als ein Drittel der Eltern konstatierten eine Kostensteigerung für die Betreuung ihres Kindes. Mit hoher Sicherheit kann gesagt werden, dass die TFO die Mitsprachemöglichkeit der Eltern – entgegen den Erwartungen der Initiatoren – kaum verändert hat, diese aber von den meisten Eltern als ausreichend empfunden wird. ▶

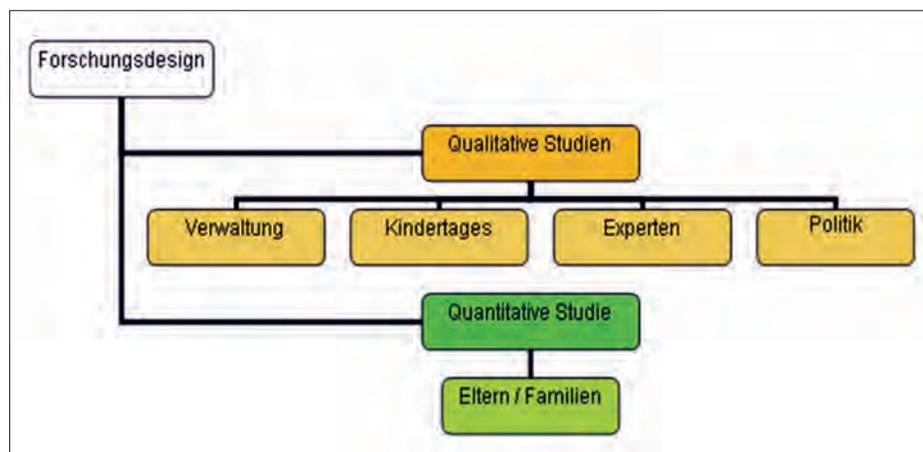


Abb.: Forschungsdesign (Quelle: Opielka & Winkler, 2009, S. 94)

In beiden Teilstudien folgte die Zusammensetzung der Zielgruppen aus erhebungstechnischen Gründen unterschiedlichen Logiken. Die Grundgesamtheit der quantitativen Teilstudie bildeten alle Haushalte mit Kindern, die im Zeitraum 1.7.2006 bis 31.12.2007 ein Kind im dritten Lebensjahr hatten bzw. haben und im Mai 2008 in Thüringen gemeldet waren. Die Analyse der TFO im Spiegel der verfügbaren Thüringer Daten zeigt, dass drei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes ein relativ konstantes Verhältnis von institutioneller und familiärer Erziehung zu beobachten ist. Ausgehend von einer Besuchsquote der Zwei- bis Dreijährigen von 79,5 % im Jahr 2006, ist sie 2007 um 6,1 Punkte auf 73,4 % zurückgegangen. Nach dem aktuellen Bericht zur Kindertagesbetreuung des Thüringer Landesamtes für Statistik (TLS) ist zum Stichtag 31.03.08 die KiTa-Besuchsquote wieder um 2,7 Punkte auf 76,1 % gestiegen. Im Bundesvergleich hat Thüringen mit ausgewiesenen 95,9 % die höchste Quote der Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungsangeboten der Kinder über drei Jahren. Auch die Inanspruchnahme einer KiTa der Ein- bis Zweijährigen hat sich seit 2006 von 27,9 % konstant auf aktuelle 34,6 % erhöht. Diese Werte sprechen für eine

hohe Akzeptanz und Notwendigkeit institutioneller Kinderbetreuungsangebote. Im Ländervergleich erscheint die Thüringer KiTa-Politik quantitativ ambivalent: ein hoher Versorgungsgrad geht mit unklaren Personalausstattungsdaten einher. Die quantitative Untersuchung bei Eltern hat gezeigt, dass der größte Teil der Familien eine öffentliche Betreuungsform im dritten Lebensjahr ihres Kindes nutzt. Die Fallzahl derjenigen, die nur in der Familie erziehen, ist in der vorliegenden Untersuchung gering. Als wichtige Faktoren für die Entscheidung, zu Hause zu erziehen, sind finanzielle Gründe und damit auch das TEG sowie keine anderweitigen Verpflichtungen mindestens eines Elternteils zu benennen. Tagesmütter sind im Vergleich zur KiTa von geringer Bedeutung für die Familien mit Kindern im dritten Lebensjahr. Kombinationen von Betreuungsformen im Sinne der TFO werden nur von wenigen Familien in Anspruch genommen. Einen Zusammenhang zwischen Einkommensbezug und KiTa-Besuch kann man aus der Studie nicht ableiten. Das Thüringer Erziehungsgeld hat ebenso nur für ein Sechstel der Familien Entscheidungsrelevanz bei der Wahl einer Betreuungsform. Dieser Befund findet seine Entsprechung in der geringen Akzeptanz des TEG beim KiTa-Personal und Verwaltungsakteuren, die sich in der qualitativen Studie zeigt. Der überwiegende Teil der Eltern ist mit dem pädagogischen Personal der genutzten Betreuungseinrichtungen zufrieden und gibt an, dass sich auch das Kind wohl fühlt. Bei der Wahl einer Einrichtung spielt das Angebot vor Ort eine wesentliche Rolle, was dazu führt, dass viele Eltern auch im dritten Jahr der TFO mit dem Angebot unzufrieden sind und eine Vergrößerung wünschen. In diesem Zusammenhang von Wettbewerb und Konsumenten-Souveränität zu sprechen, ist angesichts des als zu gering empfundenen und relativ konstanten Angebotes unangemessen. Qualität ist für die Eltern ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung für eine Betreuungsform und es werden deutliche Differenzen zwischen den Angeboten wahrgenommen. Diese sollten jedoch nicht als Folge von Wettbewerb interpretiert werden, da ein solcher nur bedingt existiert. Die KiTa wird von vielen Eltern für die Kinderbetreuung gewählt, da dort die Möglichkeit für soziale Kontakte unter den Kindern besteht, eine Option, die die Familie selbst weniger bieten kann. Mehr als ein Drittel der Eltern konstatierten eine Kostensteigerung für die Betreuung ihres Kindes. Mit hoher Sicherheit kann gesagt werden, dass die TFO die Mitsprachemöglichkeit der Eltern – entgegen den Erwartungen der Initiatoren – kaum verändert hat, diese aber von den meisten Eltern als ausreichend empfunden wird. ▶



Im Rollenverständnis zeigt sich tendenziell ein Rückgang in den wahrgenommenen Differenzen zwischen Mann und Frau, dennoch kommt der Frau auch im dritten Lebensjahr eher die Aufgabe der Kindererziehung und weniger die der Erwerbsarbeit zu. Die Vereinbarung von Arbeit und Beruf scheint in Thüringen weitestgehend verwirklicht, dennoch geben viele Eltern an, dass es Einschränkungen gibt und demnach noch sichtbarer Optimierungsbedarf in der institutionellen Betreuung besteht. Der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz wird von den Eltern mehrheitlich begrüßt, allerdings auch eine Ausweitung auf das zweite Lebensjahr gewünscht. Der Wunsch der Eltern korrespondiert mit den Forderungen von KiTa-Fachkräften und Verwaltungsakteuren, womit die Selbstverständlichkeit oder Normativität der Institution KiTa unterstrichen wird.

Eine entscheidende Größe, die von der TFO unberührt bleibt, ist jedoch die Wirtschaft selbst. Darauf verweisen Schwierigkeiten, vor allem bei den Frauen, bei der Rückkehr ins Erwerbsleben – auch wenn diese von einer Mehrheit als gelungen betrachtet wird – sowie die hohe Wochenarbeitszeit, insbesondere der Männer (über 40 Stunden), die folglich auch bedeutend weniger am Familienleben teilnehmen können. Die Eltern kennen die für sie vermutlich relevantesten Maßnahmen der TFO, insgesamt fühlen sie sich jedoch ungenügend über familienpolitische Maßnahmen informiert. Für den Bereich der pädagogischen Fachkräfte kann festgestellt werden, dass eine systematische Implementation der TFO nicht erfolgt ist. Die Individualisierung des Implementationsprozesses führt zu einem äußerst heterogenen Bekanntheitsgrad auf mäßigem und hoch selektivem Niveau. Es entsteht ein Missverhältnis zwischen der fehlenden Adressierung und der hohen unmittelbaren und multiperspektivischen Betroffenheit der Fachkräfte von den Gesetzesinhalten. Die Ökonomisierung oder Verbetriebswirtschaftlichung des KiTa-Bereichs wurde von der Landesregierung ausdrücklich mit dem Ziel der Steigerung von Effizienz durch eine bedarfsgerechte Förderung der Einrichtungen begründet. Die Hauptverantwortung in der Finanzierung einer funktionierenden Betreuungsinfrastruktur liegt nun, in Folge der subjektgebundenen Förderung, verstärkt im Bereich der Kommunen. Deren ökonomisches Potential modifiziert die landesrechtlichen Vorgaben, was die Situation in den KiTas positiv oder negativ beeinflusst. Mehrheitlich waren in den Einrichtungen Reduktionserfahrungen in der Personalausstattung und Verschärfung der Zeitbudgets als Folgen des veränderten Finanzierungsgefüges vorzufinden. Insbesondere Strategien zur Optimierung der personellen Mindestausstattung präkarisieren den pädagogischen Alltag, erhöhen den Druck zur maximalen Auslastung der Einrichtung und verschlechtern damit die Voraussetzungen für die individuelle Förderung der Kinder. Eine aus fachlicher Sicht gebotene Koproduktion von Erziehungsleistungen durch Eltern und KiTa sowie die erfolgreiche Implementation und Umsetzung des Thüringer Bildungsplans scheinen vor diesem Hintergrund als problematisch. Die politische Intention, den

KiTa-Bereich als einen Ort der Dienstleistung und als Markt frühkindlicher Bildungsangebote zu konzipieren, erscheint in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Zum einen werden Familien in diesem Markt zu Konsumenten professioneller pädagogischer Dienstleistungen, jedoch auch zu deren Alternative. Der Gedanke einer Koproduktion von Erziehungsleistungen zwischen Familie und professionellen Betreuungsangeboten wird in der TFO zwar vorausgesetzt, in den Deutungsmustern der Fachkräfte findet sich jedoch nur eine teilweise Entsprechung. Damit konfliktieren die neuen Familienkonzepte häufig mit den Deutungsmustern der Akteure.

Zum anderen ergab die Untersuchung differenzierte Befunde hinsichtlich der Wettbewerbssituation professioneller Infrastruktur: Tendenziell steht einer höheren Nachfrage von Seiten der Eltern, vor allem in den städtischen Standorten, keine ausreichende Angebotsstruktur gegenüber. Auch die verschiedenen Betreuungsalternativen – KiTa, Familie, Tagespflegeperson – divergieren erheblich in ihrer Verfügbarkeit. Grundsätzlich wird das erweiterte Wunsch- und Wahlrecht der Eltern jedoch sehr positiv bewertet, auch kleinere Gemeinden sehen in ihm eine Möglichkeit, sich positiv zu positionieren.

Die Rezeption der neuen Auslegungen von Familie als Konsument und Alternative zu institutionellen Angeboten kann auch im Hinblick auf den individualisierten Implementationsprozess in den Deutungsmustern der Akteure nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden.

Im pädagogischen Feld kristallisierten sich **vier idealtypische Deutungsmuster** von Familie heraus: Am stärksten sind Deutungsmuster tradierter Familienkonzepte vertreten, anschließend folgen das Deutungsmuster von Familie als Bedrohung und die familienergänzende Sichtweise. Das Deutungsmuster von Familie als Konsument findet sich unter den Akteuren nur vereinzelt. Der Gedanke der Koproduktion von Erziehungsleistungen zwischen Familie und professionellen Betreuungsangeboten wird in den Familienkonzeptionen der TFO zwar vorausgesetzt, ist jedoch den Deutungsmustern der Fachkräfte nur teilweise immanent. Die Installation von Familie als autonome Einheit stellt sich in einem Feld, welches tendenziell die pädagogische Kompetenz vorrangig auf Seiten der eigenen Profession verortet, schwierig dar. Der Familie als Alternative zu institutioneller Kinderbetreuung wird danach erzieherische Verständigkeit abgesprochen. Das Konzept selbst wird von den Akteuren als Versuch einer subversiven Refamiliarisierung frühkindlicher Erziehungsleistungen gedeutet und kann unter dem Paradigma der Ost-West-Transformation als Bedrohung ostdeutschen Emanzipationspotenzials interpretiert werden. Die Subjektivierung und Pauschalierung von Leistungen, die Konstrukte von Effizienz, Transparenz und Dezentralisierung verabschieden das Bild des sozialdemokratischen Wohlfahrtsregimetypus und entziehen der Gegenwart und Zukunft von Institutionen frühkindlicher Bildung die staatliche Hauptverantwortung. Der zweite Teil der **qualitativen Untersuchung** richtet sich an leitende Mitarbeiter in den Verwaltungen der Gemeinden, Kommunen, zuständigen Jugendämter und an Bürgermeister. ►



Alle befragten Verwaltungsakteure nehmen sich grundsätzlich als Adressaten des Gesetzes wahr und bewerten die Verantwortungszuschreibung für sich selbst als positiv (Deutungsmuster kommunaler Selbstverwaltung). Anders sieht das Bild in der Fremdwahrnehmung insbesondere aus Sicht der Jugendämter aus (Deutungsmuster pädagogischer Fachlichkeit).

Es werden deutliche Zweifel geäußert, dass Verantwortungsübernahme vor Ort funktioniert. Ein wichtiger Befund ist, dass die TFO das Deutungsmuster professioneller Fachlichkeit herausfordert. Die Autonomie der Selbstverwaltung und Ansprüche von Fachlichkeit stehen insbesondere auf Landkreisebene konkurrierend gegenüber. Zum zentralen Indikator pädagogischer Qualität wird über die Fälle hinweg die fast durchweg als prekär wahrgenommene Personalausstattung – analog der Befunde der KiTa-Studie. Effizienz ist eine Effizienz der Kosten im Interesse des Landes. Der Vergleich zur KiTa-Studie verdeutlicht, dass der Fokus der Verwaltung breiter und differenzierter angelegt ist. Insgesamt werden die Einschätzungen zur TFO aus den Deutungsmustern pädagogische Fachlichkeit, aktive sozialpolitische Verantwortung – bei kommunalen Verwaltungsspitzen – und durch Konzepte zur Verantwortung im Rahmen kommunaler Selbstverwaltung strukturiert.

Die **zweite Hypothese** der Schwächung der Institution KiTa zu Gunsten von Familien weist für die befragten Akteure in den Verwaltungen eine deutlich geringere Relevanz auf als die Frage der Ökonomisierung und Regulierung. Die Hypothese ging davon aus, dass Akteure eine Verschiebung im Verhältnis von Geld- und Dienstleistungen durch die TFO wahrnehmen. Hier hat sich nur eine geringe Relevanz gezeigt. KiTas und die Betreuung von Kleinkindern sind selbstverständlicher Bestandteil der Organisation des Lebens junger Familien. Es kann festgehalten werden, dass eine Verschiebung im Verhältnis von sozialen Dienstleistungen hin zu Geldleistungen nicht gewünscht und auch nicht befürchtet wird. Insofern besteht eine Kluft zwischen gedeuteter Intention des Gesetzes und einer faktischen Realität vor Ort.

Der Analyse des politischen Systems kommt im Evaluationsprojekt eine zentrale Rolle zu, da die TFO in der Vergangenheit politisch ausgesprochen kontrovers diskutiert wurde und noch heute wird. Politisch kann die TFO als ein Versuch interpretiert werden, innerhalb dieser auch die Bundespolitik kennzeichnenden Umbruchlage der Familienpolitik (Elterngeld, „Krippenoffensive“) von einer eher konservativen Wohlfahrtsregimekonzeption hin zu einem sozialdemokratisch geprägten Regimekonzept eine Parallelbewegung zu organisieren: von einem eher sozialistisch-sozialdemokratischen, die DDR-Tradition erinnernden Konzept der öffentlichen Verleugnung von Familie hin zu einem modernisiert-konservativen Modell der Betonung familiärer Kernfunktionen. Beide Bewegungen operieren mit expliziten, aber auch mit impliziten Annahmen, was zu Unklarheit, Ängsten und Verwirrung bei den Akteuren beiträgt. Diese irritierende Gemengelage erklärt die Politisierung und Mobilisierung

des Themas Familienpolitik im Rahmen der Thüringer Landespolitik. Eine zentrale Rolle nehmen dabei zwei, nicht immer explizite Themen ein: die Bedrohung der Professionalität in der Frühpädagogik und der Konflikt um die der TFO implizite Konzeption des Geschlechterverhältnisses.

Darüber hinaus gelang es bisher nicht ausreichend, bei relevanten Akteursgruppen Akzeptanz für die institutionellen Innovationen zu gewinnen (Thüringer Erziehungsgeld, Subjekt- statt Objektfinanzierung, Landesstiftung FamilienSinn). Die materiellen Effekte der TFO für die beteiligten Akteure erscheinen – unter dem Vorbehalt einer noch immer unbefriedigenden Datenlage in der Jugend- und Familienhilfe – insgesamt nicht darauf hinzudeuten, dass sich die Landesebene in Thüringen aus der Verantwortung für die Familien zieht.

Im Gegenteil gehört das Land im Bundesländervergleich zur Spitzengruppe bei Investitionen sowohl für Kindertageseinrichtungen wie für Geldleistungen an Familien. Die quantitativen wie die qualitativen Forschungsbefunde der vorliegenden Studie weisen allerdings darauf hin, dass diese Leistungen des Landes bei einem großen Teil der Akteure in der Familienpolitik mit Ängsten und Misstrauen gedeutet werden. Die Forschergruppe vermutet, dass dieses Misstrauen die Folge einer zu wenig partizipatorisch angelegten Politikimplementation sein dürfte. Damit wurden wesentliche, von der Mehrheit der Akteure gewünschte Elemente der TFO wie die Altersabsenkung des Rechtsanspruchs auf einen KiTa-Platz oder die im Bundesvergleich relativ niedrigen Elternbeiträge nicht einer positiven Bewertung unterzogen.

Der Mangel an Partizipation wird als fehlende Kontextsensibilität interpretiert, die Dezentralisierung der Verantwortung für die KiTa-Politik auf die kommunale Ebene wird zumindest bei Eltern und Fachkräften als ein Verlust von Rechtssicherheit und damit Verlässlichkeit von Politik wahrgenommen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass eine starke Symbolisierung von Politik („Familienoffensive“) hohe Anforderungen sowohl an die Kohärenz von Symbol und Realität wie an die öffentliche, politische Kommunikation stellt.



Werte im Wohlfahrtsstaat. Soziologische Analyse politischer Kultur

Teilprojekt: Grundeinkommen und Werteorientierungen. Eine empirische Analyse

Projektleiter:

Prof. Dr. rer. soc. habil. Michael Opielka

FB Sozialwesen

Mitarbeiter:

Dr. Matthias Müller

Forschungspartner:

Universität Hamburg

Laufzeit und Fördermittelgeber:

Januar 2004 bis Dezember 2010; gefördert mit Mitteln der Stiftung Wertevolle Zukunft, Hamburg; Hans-Böckler-Stiftung

Kontakt:

✉ Michael.Opielka@fh-jena.de ☎ (03641) 205 816



M. Opielka

einkommens, aber auch Wege, diese Ambivalenzen auszuhalten und einer Synthese zuzuführen. Das ihr zugrunde liegende Forschungsprojekt bestand aus drei Elementen:

- einer textanalytischen Rekonstruktion von Deutungsmustern in aktuellen Dokumenten der deutschen Sozialpolitikliteratur;
- einer Serie von 13 Experteninterviews mit Personen der höheren Führungsebene
- und drei gruppenanalytischen Settings mit Personen der mittleren Führungsebene aus Wirtschaft (Tarifpartner), Politik und Soziale Arbeit an exemplarischen Standorten (Hamburg, Berlin, Erfurt).

The theoretical and empirical analysis of the research project "Values in the Welfare State" focus on the tension between cultural and religious values and their institutionalization in the modern welfare state.

Die Durchführung der Studie wurde durch eine großzügige Förderung durch die Stiftung Wertevolle Zukunft (Hamburg) ermöglicht. Unter der Leitung von Prof. Dr. Michael Opielka (Fachhochschule Jena und Institut für Sozialökologie, Königswinter) führten Dr. Matthias Müller (FH Jena), Dr. Jesco Kreft und Tim Bendixen (beide Stiftung Wertevolle Zukunft, Hamburg) die empirischen Erhebungen durch, werten sie aus und erstellten den Abschlussbericht.

Zum Teilprojekt „Grundeinkommen und Werteorientierungen. Eine empirische Analyse“

Die Idee des Grundeinkommens findet in konträren politischen und sozialen Gruppen Zustimmung. Dieses transzendierende Moment legt die Frage nahe, inwieweit die Idee an strukturelle Wertmuster und subjektive bzw. kollektive Werteorientierungen anknüpft, die quer zu den politischen Lagern bzw. klassischen Wohlfahrtsregimetyper sozialdemokratisch-liberal-konservativ angesiedelt sind. Einen ersten Zugang bilden in diesem Zusammenhang Gerechtigkeitskonzepte.

Der Abschlussbericht des Teilprojektes „Grundeinkommen und Werteorientierungen“ wurde im Jahr 2009 im VS Verlag für Sozialwissenschaften veröffentlicht (Koautoren: Matthias Müller, Jesco Kreft, Tim Bendixen; 2. Auflage in 2010).

Dabei kann kritisch vermutet werden, dass der Begriff der Gerechtigkeit auch als Chiffre bzw. als symbolische Politik verwandt wird. Umso wichtiger erscheint eine Klärung der dieser Idee zugrundeliegenden Werteorientierungen. Werte übernehmen eine generative Funktion für die Herausbildung von Interessen und neuen Institutionen. Gegen die Dominanz der Leistungs- und Arbeitsethik im modernen Sozialstaat argumentieren die Befürworter des Grundeinkommens für einen umfassenden Arbeitsbegriff und für eine Integration von Freiheit und Solidarität in den Werten von Anerkennung und Teilhabe. Die nun als Buch veröffentlichte empirische Studie basiert auf der Deutungsmusteranalyse qualitativer Interviews mit mittleren und höheren Verantwortungsträgern aus Politik, Sozialer Arbeit und Wirtschaft zu einem Grundeinkommen in Deutschland. Sie zeigt deren ambivalente Werteorientierungen zur Idee des Grund-

Die Habilitationsschrift des Projektleiters (Abschluss des Verfahrens an der Universität Hamburg, Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, mit Venia Soziologie im Februar 2008) erscheint in stark überarbeiteter Form in 2011 unter dem Titel „Werte im Wohlfahrtsstaat. Soziologische Analyse politischer Kultur“ ebenfalls im VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Die durchgeführte wissenschaftliche Studie ermöglicht einen Einblick in die Deutungen wirtschaftlicher und politischer Ethik in Bezug auf die Idee eines Grundeinkommens bei Personen, die das Meinungsbild in Deutschland in näherer Zukunft prägen. Das Forschungsprojekt sollte dabei die wirtschafts-, politik- und sozialetische Dimension eines Grundeinkommens anhand von Deutungsmustern mittlerer und höherer Elite-Angehöriger erschließen.

Hierzu wurden drei einschlägige gesellschaftliche Bereiche ausgewählt: Wirtschaft (Tarifpartner), Politik und Soziale Arbeit. ▶



Es wurde vermutet, dass die Einstellungen zu einem Grundeinkommen von erheblicher Ambivalenz gekennzeichnet sind. Insbesondere die Frage der Leistungs- bzw. Arbeitsethik dürfte unter Eliteangehörigen strittig sein, da sie eigene Identitätskonstruktionen berührt. Die Autoren vermuteten ferner, dass diese ambivalenten Deutungsmuster in sozial-kommunikativen Settings zugleich stabilisiert und in konfrontativen Situationen aufgebrochen werden können.

Die Darstellung der Befunde geschieht in der Studie entlang von drei Kategorien, die beide empirischen Teile – Experteninterviews und Fokusgruppen – gliedern: „Menschenbild“, „Operative Gerechtigkeit“ und „Politischer Vollzug“. Unter „Menschenbild“ werden grundlegende Deutungsideen zur Sozialtheorie und Anthropologie auf Seiten der befragten Akteure verstanden, unter „Operative Gerechtigkeit“ anwendungsbezogene gerechtigkeitstheoretische Annahmen und unter „Politischer Vollzug“ Annahmen über die politischen Prozesse zur Einführung eines Grundeinkommens.

Der Aufbau der Studie folgt dem Arbeitsprogramm: In Kapitel 2 werden zunächst theoretische Fragen zum Verhältnis von Werteorientierung und Grundeinkommen erörtert. Einem Aufriss der soziologischen Wertforschung folgt eine Untersuchung der Gerechtigkeitskonzepte. Kapitel 3 erläutert die methodologischen Voraussetzungen und methodischen Umsetzungen des Konzepts der Deutungsmusteranalyse in der vorliegenden Studie. Kapitel 4 präsentiert die Ergebnisse der Experteninterviews, Kapitel 5 und 6 die Ergebnisse der Fokusgruppenanalyse. Kapitel 7 entwickelt eine Matrix der in der Studie diskutierten Werteorientierungen und Kapitel 8 resümiert die Ergebnisse der Studie und erörtert ihre Relevanz für die gesellschaftliche Diskussion.

Die empirischen Befunde der Studie erscheinen ambivalent. Die Basisannahmen der „sozialen Marktwirtschaft“ – Subsidiarität und Solidarität – lösen sich nicht leicht in der Idee des Grundeinkommens auf. Gerade die mittleren Eliten der deutschen Gesellschaft erscheinen als deren konservative Bewahrer, durchaus ängstlich gestimmt gegenüber Reformkonzepten, deren Ausgang ungewiss wirkt. Die soziologische Analyse machte deutlich, wie sehr die Einstellungen zu einem Grundeinkommen mit grundlegenden Vorstellungen von Gerechtigkeit und Lebenssinn korrelieren. Spannungen zwischen Arbeit und Familie, Risiko und Sicherheit, Individualität und Gemeinschaft, materiellen und postmateriell-expressiven Werten müssen balanciert werden. Es erschien denkbar, dass die Idee des Grundeinkommens für die Befragten als Beitrag zur systemischen Neubalancierung der genannten Ambivalenzen erscheint. Für viele der Befragten war dies der Fall, doch für die Mehrheit überwogen die Bedenken gegenüber einer Grundeinkommensreform.

Eine qualitative Studie kann keine Repräsentativität beanspruchen. Gleichwohl dürfte der Erkenntniswert erheblich sein. Sie macht deutlich, dass die Ambivalenzen gegenüber der Idee des Grundeinkommens wohl nur durch öffentliche Diskurse und durch charismatische „public persons“ gelockert, reflexiv bewusst und damit – vielleicht – einer politischen Lösung zugeführt werden können. Die der Studie analysierten Ambivalenzen und Dilemmata sind keineswegs bedeutungslos. Sie betreffen die Architektur nicht nur der deutschen Gesellschaft, vielmehr aller modernen Wohlfahrtsstaaten.



Abb. 1: Abschlussbericht des Teilprojektes „Grundeinkommen und Werteorientierungen“



Strategien und Methoden konsensorientierter Streiterledigungsformen/Mediation

Projektleiter:

Prof. Dr. iur. Thomas Trenzcek, M.A.,
eingetragener Mediator (BMJ, Wien),
Lehrtrainer (BMWA)
FB Sozialwesen



Mitarbeiter:

z. T. studentische Vorarbeiten im Rahmen von Qualifizierungsarbeiten

Laufzeit:

fortlaufend

Strategies and methods of consensus based conflict resolution - ADR

Professor Dr. iur. Thomas Trenzcek, M.A. since his first visit in 2000/01 as visiting scholar at the University of Queensland, Brisbane (Australia) is doing continuously research and training in ADR. Based on that cooperation there is an ongoing exchange with colleagues of the Australian Center for Peace and Conflict Studies, (ACPACS) and other Australian universities/institutions. Prof. Trenzcek major interest is the comparison of ADR schemes in common law (e.g. Australia) and statutory civil law systems (e.g. continental Europe), ADR policies and practice as well as the development of mediation skills.

Prof. Dr. iur. Thomas Trenzcek arbeitet seit vielen Jahren kontinuierlich an Strategien und Methoden konsensorientierter Streiterledigungsformen. Mediation ist im angelsächsischen Rechtsraum im Bereich ADR die dominierende Vorgangsweise. Es ist schlicht normal, einen zu Streit zu mediieren anstatt vor Gericht zu ziehen. Das gilt insbesondere für den Unternehmens- und Wirtschaftsbereich, aber auch in privatrechtlichen Streitigkeiten ist Mediation in der Regel die erste Wahl, wenn man einen Streit nicht ohne Einschaltung eines Dritten lösen kann. Seit seinem ersten Aufenthalt in Australien im Jahr 2000/01 arbeitet Prof. Trenzcek mit Hochschulen und der ADR-Praxis insbesondere in Queensland und West-Australien zusammen. Zuletzt war er vom April - August 2006 am Australian Centers for Peace and Conflict Studies (ACPACS) der University of Queensland in Brisbane und der Bond Law School, Goldcoast, tätig.

Schwerpunkt der Arbeiten von Prof. Trenzcek sind die Weiterentwicklung von Strategien und Methoden konsensorientierter Streiterledigungsformen (insb. Mediation) sowie vergleichende Studien zwischen den Konfliktmanagementsystemen im common law Bereich (z.B. Australien) und den europäischen civil law Rechtssystemen (z.B. Deutschland).

Jugendhilfe und Justiz

Projektleiter:

Prof. Dr. iur. Thomas Trenzcek, M.A.,
eingetragener Mediator (BMJ, Wien), Lehrtrainer (BMWA)
FB Sozialwesen

Mitarbeiter:

z. T. studentische Vorarbeiten im Rahmen von Qualifizierungsarbeiten

Forschungspartner:

Technische Universität Berlin; Prof. Dr. Münder
Deutsches Institut für Familienrecht und Jugendhilfe, Heidelberg, Dr. Meysen

Laufzeit:

fortlaufend

Kontakt:

✉ Thomas.Trenzcek@fh-jena.de ☎ (03641) 205 825

Juvenile Welfare and the Justice System

Ongoing research regarding the with focus on

- Standards in child protection and crisis intervention (Inobhutnahme)
- Standards of cooperation of youth agencies and the family justice system
- Standards of cooperation of youth agencies and the criminal justice system

- a.) Fachliche Standards der Krisenintervention/ Inobhutnahme
- b.) Fachliche Standards in der Mitwirkung des Jugendamtes im Verfahren vor dem Familiengericht
- c.) Fachliche Standards Mitwirkung des Jugendamtes im Verfahren nach dem JGG

Prof. Trenzcek ist seit seiner Zeit als Bundesgeschäftsführer der Deutschen Jugendgerichtsvereinigung einer der führenden Experten im Arbeitsfeld Jugendhilfe und Justiz. Thematische Schwerpunkte sind hierbei:

- a.) Krisenintervention und Schutzgewährung/ Kinderschutz
- b.) Familiengerichtliches Verfahren
- c.) Jugendkriminalsystem und Straffälligenhilfe

Hierbei geht es insb. um die Qualitätsentwicklung bzw. Weiterentwicklung von fachlichen Standards im Arbeitsfeld Jugendhilfe und Justiz. Die wissenschaftliche Tätigkeit ist hierbei sehr eng mit dem Austausch in der Praxis, sei es durch Beratungen und Expertisen, Expertentagungen oder Fortbildungsveranstaltungen verbunden.

Kooperationspartner ist insb. Prof. Dr. Münder (TU Berlin) sowie das Deutsche Institut für Familienrecht und Jugendhilfe in Heidelberg (Dr. Meysen).